

Impressum

Für den Inhalt sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.
Nachdrucke und Auszüge sind nur mit Quellenangabe gestattet.
Sämtliche Bilder stammen, wenn nicht anders angegeben,
aus dem Gemeindearchiv Lustenau.

Herausgeber:
Marktgemeinde Lustenau

Schriftleitung:
Helmut Gassner, Oliver Heinzele und Wolfgang Scheffknecht

Gestaltung:
Helmuth Heinz, Xact grafische Dienstleistungen, Lustenau

Lektorat:
Mag^a Gabriele Morscher

Medieninhaber und Vertrieb:
Historisches Archiv der Gemeinde Lustenau

Druck und Herstellung:
Buchdruckerei Lustenau

ISBN: 3-900954-11-9
Lustenau, 2012

Die Verfasser und ihre Anschriften:

PD Dr. Manfred Tschalkner, Vorarlberger Landesarchiv, Kirchstraße 28, 6900 Bregenz

Dr. Wolfgang Scheffknecht, Historisches Archiv der Marktgemeinde Lustenau,

Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a, 6890 Lustenau

Dr. Werner Bundschuh, Schlossgasse 11 b, 6850 Dornbirn

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Albrich, Institut für Zeitgeschichte,

Universität Innsbruck, Innrain 52 d, 6020 Innsbruck

Dipl. Päd. Oliver Heinzele, Historisches Archiv der Marktgemeinde Lustenau,

Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a, 6890 Lustenau





Neujahrsblätter
des Historischen Archivs
der Marktgemeinde Lustenau
3. Jahrgang 2012

Inhalt

- 5 | Vorwort
- 6 – 14 | Manfred Tschäikner: Die Reise des Florentiners
Francesco Vettori durch Vorarlberg (1507)
- 15 – 68 | Wolfgang Scheffknecht: Mobilität und Migrationen in der
Geschichte des frühneuzeitlichen Reichshofes Lustenau
- 69 – 85 | Werner Bundschuh: Hitlers Sklaven in Vorarlberg
- 86 – 106 | Thomas Albrich: Von der Zwangsarbeit ins DP-Lager:
Fremde in Österreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit
nach 1945
- 107 – 124 | Oliver Heinzle: Die ersten türkischen „Gastarbeiter“
in Lustenau
- Aus dem Historischen Archiv –
Beiträge für das Lustenauer Gemeindeblatt:
- 125 – 126 | Oliver Heinzle: Glückwünsche vom „Civilingenieur“
- 127 – 132 | Oliver Heinzle: Der „Geisler“ und das Schwellwuh
- 133 – 145 | Oliver Heinzle: Volkssturm
- 147 | Chronik der Archivaktivitäten 2011

Thomas Albrich

Von der Zwangsarbeit ins DP-Lager: Fremde in Österreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945

Wer ist im Sommer 1945 ein Fremder?

Am Ende des Zweiten Weltkriegs trafen die vorrückenden alliierten Armeen auf dem Territorium des Deutschen Reiches auf elf Millionen entwurzelter Menschen – ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Bombenflüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene aus Osteuropa sowie auf ausländische Kollaborateure des NS-Regimes, aber auch auf KZ-Häftlinge –, für die sie nun zu sorgen hatten. All diese Menschen bildeten, in verschiedene Kategorien unterteilt und unterschiedlich behandelt, nach Kriegsende den Kreis der so genannten „Displaced Persons“ oder „Versetzten Personen“, kurz DPs. Der Terminus „displaced“ stammt aus der anglo-amerikanischen Verwaltungssprache und bezeichnet, ursprünglich ohne rechtlichen Inhalt, Dinge, die sich an einem nicht ordnungsgemäßen Standort befanden. Auch diese Menschen befanden sich außerhalb ihres normalen Lebensbereiches – Heimat, Gesellschaft, Familie, Beruf, Sprache – und waren in diesem Sinne „displaced“¹. Nach den Plänen der Alliierten sollten sie mit Unterstützung der UNO-Flüchtlingshilfsorganisation UNRRA und der Besatzungstruppen schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Das Ausmaß des späteren DP-Problems auf österreichischem Boden illustrieren folgende Zahlen aus dem Spätherbst 1944: Etwa 580.000 zivile ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene waren hier in der Kriegswirtschaft beschäftigt. Dazu kamen rund 60.000 KZ-Häftlinge, die bei Bauvorhaben, Aufräumarbeiten oder in der Rüstungsindustrie unter schrecklichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden. Ab Oktober 1944 mussten zudem Tausende ungarische Juden unter KZ-ähnlichen Bedingungen zwischen Bratislava und dem südlichen Burgenland den so genannten „Südostwall“ errichten.²

Bei Kriegsende im Mai 1945 war Österreich aufgrund der militärischen Entwicklung zum letzten Rückzugsgebiet von rund 1,5 Millionen Mann der Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten geworden, die hier kapitulierten und in Gefangenschaft gerieten. Mit den Truppen waren auch Massen von Flüchtlingen verschiedenster Kategorien ins Land geströmt. Weiters waren auch Zehntausende Ostösterreicher als Flüchtlinge in den Westzonen Fremde im eigenen Land, deren Rückführung anfangs an Reisebeschränkungen und der fast hermetischen Abschottung der einzelnen Zonen scheiterte. Bei Kriegsende standen somit den damals sechs Millionen Österreichern rund 600.000 deutschsprachige und etwa eine Million fremdsprachige „Displaced Persons“ (DPs) gegenüber.³

Nach der Definition der Alliierten verstand man unter DPs in Österreich alle nichtösterreichischen Zivilisten, die sich als Folge des Krieges hier aufhielten und in ihre Heimatländer zurückkehren wollten, dies ohne Hilfe der Alliierten jedoch nicht konnten. Unterschieden wurden dabei vier Kategorien:

1. Alliierte DPs, das waren Staatsangehörige der Vereinten Nationen;
2. Angehörige von mit-kriegführenden und neutralen Ländern;
3. Angehörige von Feindstaaten oder ehemaligen Feindstaaten;
4. Staatenlose.⁴

Alle alliierten DPs und jene DPs aus den drei anderen Kategorien, die entweder als Opfer der Diktaturstaaten gelten konnten oder deren Loyalität gegenüber den Vereinten Nationen, der späteren UNO feststand, wurden von der UNRRA betreut.⁵ Die größte geschlossene Gruppe unter den DPs, auf die obige Ausnahmeklausel angewendet wurde, waren die aus den Konzentrationslagern befreiten Juden. Die größte Gruppe, die von UNRRA-Hilfe ausgeschlossen war, stellten die deutschsprachigen Flüchtlinge dar. Immerhin befanden sich bei Kriegsende über 400.000 Volksdeutsche und etwa 200.000 Reichsdeutsche in Österreich, deren Betreuung von den Alliierten ebenso den österreichischen Behörden überantwortet wurde wie die Zuständigkeit für alle anderen Gruppen von DPs, die nicht unter das UNRRA-Mandat fielen.⁶ Damit wurde noch vor Kriegsende Österreich eine Last aufgebürdet, die es in der damaligen Situation freiwillig nie übernommen hätte. Auf dem

Gebiet der Flüchtlingsbetreuung wurde Österreich entgegen der Moskauer Deklaration nicht als befreites, sondern als besiegtes Land behandelt und unausgesprochen zu einem Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gemacht.

Deutsche Kriegsgefangene als „Fremde“

Neben den einmarschierenden Truppen der Alliierten bildeten die nunmehr kriegsgefangenen Deutschen und Soldaten der verbündeten Armeen – Ungarn, Rumänen, Kroaten, Kosaken oder Wlassow-Truppen – die nächste große Kategorie von Fremden und eigentlich von DPs im Lande. Geschätzte 1,5 Millionen Angehörige der Wehrmacht und ihrer Verbündeten gerieten auf dem Gebiet des heutigen Österreichs in alliierte Gefangenschaft.⁷ Besonders für Amerikaner und Briten „stellten die auf engstem Raum zusammengeballten Hunderttausenden von Kriegsgefangenen ein ernstes Problem dar“ und man versuchte angesichts der schwierigen Ernährungssituation, möglichst viele ehemalige deutsche Soldaten aus Österreich hinauszubringen.⁸

Einige Wochen nach der Gefangennahme wurden viele der in amerikanische oder britische Gefangenschaft geratenen deutschen und mit ihnen verbündeten Soldaten, die ursprünglich an der Ostfront oder auf dem Balkan gekämpft hatten, an die Sowjets oder Jugoslawen übergeben. Genaue Zahlen liegen nicht vor. In der US-Zone betraf es rund 30.000 Soldaten der Waffen-SS, sowie 25.000 Mann der Wehrmacht. Aus der britischen Zone, wo mehr als eine Viertelmillion deutscher und mit ihnen verbündeter Truppen kapituliert hatten, wurden 50.000 Kosaken an die Sowjets übergeben, wobei die Osttiroler und Kärntner Bevölkerung mit den Briten bei der Jagd auf geflüchtete Kosaken kollaborierte. Nach Manfred Rauchensteiner wurde der „Humanität [...] damals einer der brutalsten Schläge versetzt“⁹.

Als weitere große Gruppe wurden von den Briten 120.000 Soldaten der kroatischen Armee, die nicht rechtzeitig geflohen waren, an Titos Partisanen übergeben. Für viele bedeutete das den Tod. Formell begründeten die Westalliierten diese Übergaben mit den Kapitulationsbedingungen.¹⁰

Die Displaced Persons

Angesichts der Fluktuation von 1945 sind Zahlengaben über Flüchtlinge und DPs immer nur Annäherungen, Schätzungen und Momentaufnahmen. Wer waren diese rund 1,4 bis 1,6 Millionen Ausländer in Österreich? Diese Massen von Fremden waren ehemalige Fremdarbeiter, Zwangsdeportierte, befreite KZ-Häftlinge, ehemalige Kriegsgefangene, Volksdeutsche aus Osteuropa, Umsiedler aus Südtirol, Reichsdeutsche, die sich während des Krieges als Beamte, NS-Funktionäre, Arbeiter oder Evakuierte in Österreich aufgehalten hatten, NS-Kollaborateure, Mitglieder nationaler faschistischer Verbände wie ungarische Pfeilkreuzler oder kroatische Ustasche, ausländische Angehörige der Waffen-SS und diverse Flüchtlinge, die mit den zurückflutenden deutschen Truppen nach Österreich gekommen waren.¹¹

Eingeteilt wurden die DPs wie oben erwähnt in vier Gruppen, tatsächlich jedoch nur in zwei Gruppen – in die alliierten Staatsbürger und jene der ehemaligen Feindstaaten:

Die sehr heterogene Gruppe der alliierten DPs, inklusive aller jüdischen DPs unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, fielen den österreichischen Steuerzahlern nicht zur Last und wurden von den Alliierten versorgt. Der Verpflegungssatz war mit 2.000 Kalorien festgesetzt. Die alliierten DPs waren bis Herbst 1946 von der Arbeitspflicht ausgenommen, während die arbeitende österreichische Bevölkerung theoretisch 1.500 Kalorien täglich erhielt.¹²

Die Republik Österreich musste hingegen für die Kosten jener Personen aufkommen, die aus ehemaligen Feindstaaten der Alliierten stammten. Diese unterteilten sich 1946 in drei Gruppen: 1. die 153.000 so genannten „Volksdeutschen“, aus Osteuropa umgesiedelte, vertriebene und geflüchtete Deutschsprachige; 2. die 135.000 „Reichsdeutschen“ aus dem ehemaligen Deutschen Reich vor 1938, 3. die rund 60.000 Staatsangehörigen aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn, den ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reiches.¹³

Unter DPs im landläufigen Sinn, gegen die sich auch schon bald der Unmut der Bevölkerung richtete, verstand man allerdings die in Lagern untergebrachten Personen alliierter Herkunft einschließlich der Jüdinnen und Juden. Die Österreicher betrachteten die in den Lagern lebenden DPs mit Misstrauen und Abneigung. Nach Meinung der Briten wurden jene Ausländer, die einer geregelten Arbeit nachgingen, von der Bevölkerung akzeptiert, während die DP-Lager mit ihren fremdsprachigen Insassen die Österreicher daran erinnerten, dass sie nicht mehr Herr im eigenen Haus waren, ein besiegtes und besetztes Land.¹⁴

Die organisatorische Bewältigung der Erfassung und Betreuung der DPs stellte vor allem die westlichen Besatzungstruppen in den ersten Wochen nach Kriegsende vor kaum lösbare Probleme: Die Amerikaner trafen allein in Oberösterreich auf 700.000 DPs,¹⁵ die Briten hatten in Kärnten und der Weststeiermark über 200.000 DPs¹⁶ zu versorgen, während die Franzosen in Tirol und Vorarlberg mit ca. 180.000 DPs konfrontiert waren.¹⁷ Die restliche halbe Million DPs lebte in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Sowjets begannen gemeinsam mit der österreichischen Regierung, teilweise schon vor der deutschen Kapitulation, das DP-Problem in ihrem Einflussbereich radikal zu lösen und ein neues Flüchtlingsproblem zu verhindern, bevor es richtig entstehen konnte. So hatten bis zum 5. Mai alle Ausländer, egal ob Zivilarbeiter, Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene, Wien zu verlassen, zwei Tage später begannen von Wiener Neustadt aus die Heimtransporte mit der Bahn. Vor allem die etwa 80.000 bis 100.000 westeuropäischen DPs wehrten sich gegen die geplante Repatriierung aus Angst vor großen Umwegen und damit verbundenen Strapazen.¹⁸

Die umgehende Repatriierung der ausländischen Zwangsarbeiter erfolgte zwar auf Anordnung der Sowjets, lag jedoch ganz auf Linie der Provisorischen Staatsregierung, „da es sich vielfach um zweifelhafte Elemente handle, die die öffentliche Sicherheit gefährden, den Arbeitsmarkt überlasten und auch vom Ernährungsstandpunkt unerwünscht seien“.¹⁹ Damit wurde ein Argumentationsschema – fast deckungsgleich dem sowjetischen – in die Diskussion eingebracht, das jahrelang, quer durch die Parteien, die österreichische Anti-DP-Propaganda prägen sollte.

Die DPs in der französischen Besatzungszone in Tirol und Vorarlberg 1945/46

Für Zehntausende ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und befreite KZ-Häftlinge wurden Tirol und Vorarlberg in den ersten Wochen nach Kriegsende zur Durchgangsstation auf dem Weg in ihre Heimatländer. Durch die Anwesenheit einer so großen Zahl von DPs wurden die gravierenden Ernährungsprobleme nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung, sondern auch objektiv verschärft: Noch im Juli 1945 betrug die anwesende Gesamtbevölkerung der französischen Zone 670.000 Personen im Vergleich zu 490.000 vor dem Krieg. Das hieß auch ohne die rund 32.000 französischen Soldaten etwa 180.000 zusätzliche Esser, davon 60.000 bis 70.000 in Vorarlberg und 110.000 bis 120.000 in Tirol. Vom Landesernährungsamt in Bregenz wurde der Vorarlberger Landesausschuss Anfang Juli 1945 ersucht, „dahin zu wirken, daß die vielen im Lande befindlichen Flüchtlinge (sowohl Reichsdeutsche als auch Innerösterreicher, insgesamt ca. 70.000 Personen), die die Ernährungslage ganz besonders belasten, ehestens in ihre Heimat zurückbefördert werden.“²⁰ Mitte November 1945 lebten immer noch rund 60.000 DPs in Tirol und Vorarlberg, davon 28.000 Deutsche, 8.000 Polen und 6.000 Ungarn.²¹

Obwohl die Repatriierung der Ausländer, d.h. von Reichsdeutschen, volksdeutschen Heimatvertriebenen und DPs, relativ zügig voranging – binnen einem Jahr verringerte sich ihre Zahl in Tirol und Vorarlberg um 80.000 – war die zusätzliche Belastung vor allem in den ersten Friedensmonaten schwerwiegend.²² Die Beziehungen der Fremden zur Tiroler und Vorarlberger Bevölkerung waren nicht sehr gut. Besondere Ablehnung gab es gegenüber fremdsprachigen DPs. „Weg mit den lästigen Fremdarbeitern“, lautete seit Anfang 1946 die Parole in der Presse.²³

Die DPs in den anderen Bundesländern 1945

Die Zahl der Ausländer in den anderen beiden westlichen Besatzungszonen war noch höher als in Tirol und Vorarlberg. Vor allem die amerikanische Besatzungszone in Salzburg und Oberösterreich war ein Sammelbecken von DPs und Flüchtlingen jeder Art: Oberösterreich war ein Mittelpunkt der

Wanderungs- und Fluchtbewegungen am Ende des Krieges, das Bundesland mit der größten absoluten und relativen Anzahl von Flüchtlingen bzw. DPs. In Oberösterreich waren die Sicherheitsverhältnisse nicht so günstig, da Tausende befreite Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Nebenlager, Tausende ehemalige Ostarbeiter und Kriegsgefangene ihren Weg in die Heimat suchten. „Nicht wenige von ihnen trachteten, sich noch vorher für die Jahre hinter Stacheldraht, für alle Todesangst, Erniedrigung und Pein zu rächen und schadlos zu halten. Abermals waren es nur die Amerikaner, die helfen konnten.“²⁴ Von den Amerikanern betreut wurden natürlich nur die 230.000 Allied DPs, meist fremdsprachige Flüchtlinge, ehemalige Zwangsarbeiter und „Fremdarbeiter“ und 80.000 befreite KZ-Häftlinge, sowie ehemalige Kriegsgefangene. Eine besondere Gruppe dieser Allied DPs stellten die etwa 27.000 Juden unterschiedlicher Nationalität dar.²⁵

Die Bevölkerung des Landes Salzburg, während des Krieges knapp 300.000, betrug drei Wochen nach Kriegsende geschätzte 360.000 Menschen. Diese zusätzlichen 60.000, davon 20.000 Österreicher, waren Durchreisende aus allen Himmelsrichtungen auf dem Weg nach Hause. Daneben lebten noch 20.000 Fremdarbeiter im Lande.²⁶

Auch in der britischen Besatzungszone in Kärnten und in der Steiermark stauten sich die DPs und Flüchtlinge. In Kärnten befanden sich im Mai 1945 200.000 Zivilflüchtlinge, unter den noch herrschenden kriegsmäßigen Bedingungen ein kaum zu bewältigendes Versorgungsproblem.²⁷ Die im Falle der Kosaken und Kroaten praktizierte „Zwangsrepatriierung“ blieb in den Köpfen britischer Militärs auch nach diesen blutigen Aktionen ein probates Mittel, lästige Probleme zu lösen. Jüdische Flüchtlinge, die ab Sommer 1945 in die britische Zone einreisten, sollten ebenso gewaltsam repatriert werden²⁸ wie andere DP-Gruppen, die eine Heimkehr verweigerten. Davon sahen die Briten ab Herbst 1945 jedoch ab.²⁹ Neben den Zwangsauslieferungen entlastete die spontane „Selbstrepatriierung“ von 50.000 Italienern noch im Mai 1945 die kritische Versorgungslage in der britischen Zone ganz beträchtlich.³⁰ Danach blieben aber immer noch 45.000 DPs in Kärnten.³¹

Genaue Zahlen über Flüchtlinge und DPs in der Steiermark 1945 können nicht einmal annähernd angegeben werden. Erst von August 1946 stammt die erste ernstzunehmende Aufstellung: Demnach befanden sich rund 94.000 DPs und Flüchtlinge in der Steiermark, von denen 15.000 in Lagern untergebracht waren. Die größten Gruppen waren 40.000 Volksdeutsche, 10.000 Reichsdeutsche und 3.000 Südtiroler. Flüchtlinge und DPs stellten im Sommer 1946 knapp zehn Prozent der steirischen Bevölkerung, wobei der Anteil der fremdsprachigen DPs in der Steiermark weit geringer als in Kärnten war.³²

Reichsdeutsche und Volksdeutsche als Fremde

Das Verhältnis zu den Reichsdeutschen, die ab Mai 1945 nur noch Ausländer in Österreich waren, erfuhr die grundlegendste Veränderung: Die Abkoppelung von der „deutschen“ Geschichte Österreichs war eine von den Alliierten geforderte und geförderte und mit klaren Vorteilen verbundene politische Notwendigkeit. Diese Umkehr der Verhältnisse machte die „Reichsdeutschen“ zum Sündenbock, der mit den österreichischen Sünden in die Wüste gejagt wurde. Sie waren nach 1945 die einzige Kategorie von Fremden, zu denen das Verhältnis von Österreich aus verändert werden konnte, was durch Ausweisung, Enteignung, aber auch durch Gewährung von Ausnahmeregelungen geschah. Die vor 1945 bestehende Hierarchie wurde mit alliierter Billigung grundlegend verändert.

Die Volksdeutschen waren ein noch krasserer Beispielfall für die nach dem Mai 1945 eingetretene Abgrenzung und Entsolidarisierung. Mindestens die Hälfte aller DPs in Österreich sahen in den Alliierten nicht ihre Befreier, sondern Sieger, vor denen sie geflüchtet waren. Österreich wehrte sich erfolglos dagegen, für diese Menschenmassen Verantwortung übernehmen zu müssen. Rund eine halbe Million deutschsprachige Flüchtlinge und Vertriebene, im wesentlichen Sudetendeutsche, Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen, waren bei Kriegsende in Österreich. Diese Volksdeutschen wurden mehr noch als andere Kategorien von Fremden als Erben Hitlerdeutschlands gesehen. Daher stand nicht die Integration, sondern Abschiebung oder Umsiedlung bzw. deren Auswanderung nach Übersee als Lösung im Vordergrund. Die Abschiebung der Sudetendeutschen, schon auf der

Potsdamer Konferenz im Juni/Juli 1945 geregelt bzw. legitimiert, wurde in Österreich ähnlich wie in der Tschechoslowakei begründet: Sie seien die fünfte Kolonne der Nazis gewesen, Verräter an der neuen Heimat, die sie nach 1918 unter großen Opfern aufgenommen habe. Den nach dem Ersten Weltkrieg eingebürgerten Sudetendeutschen wollte man nach 1945 sogar die Staatsbürgerschaft wieder aberkennen.³³

Auch andere Lösungen des volksdeutschen Flüchtlingsproblems wurden in Österreich im Jahre 1945 diskutiert: Deutsche und österreichische Nazis oder alle, die als solche definiert wurden, wie z. B. volksdeutsche Vertriebene und Flüchtlinge, sollten nach Deutschland, zum Wiederaufbau ins sowjetisch besetzte Ostpreußen oder im Austausch für österreichische Kriegsgefangene sogar nach Sibirien verfrachtet werden.³⁴ Soweit kam es dann doch nicht, aber die Existenz der Volksdeutschen in Österreich war und blieb prekär. Viele mussten in teilweise erbärmlichen Lagern leben, sie wurden als Staatenlose eingestuft, am Arbeitsmarkt benachteiligt, erhielten oft keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz und mussten daher einen erheblichen sozialen Statusverlust hinnehmen, was zu einer „Unterschichtung“ der Sozialstruktur der einheimischen Bevölkerung durch die Flüchtlinge führte.³⁵ Die Volksdeutschen übernahmen somit in gewissem Sinne die gesellschaftliche Funktion der Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen der NS-Zeit. Etwa die Hälfte wanderte tatsächlich nach Deutschland oder Übersee weiter, 260.000 wurden in den 1950er-Jahren eingebürgert.³⁶

In der französischen Zone, vor allem aber in Tirol, wurde der Begriff „reichsdeutsch“ zum Stigma: Implizit wurden Reichsdeutsche mit Nazis gleichgesetzt und ihre Ausweisung sowohl aus politischen als auch ökonomischen Gründen gefordert. Kurz nach Einmarsch der Amerikaner in Tirol beschloss der Exekutivausschuss der Österreichischen Widerstandsbewegung als provisorische Landesregierung unter Vorsitz des späteren Landeshauptmanns und Außenministers Karl Gruber die allgemeine Registrierung aller Reichsdeutschen und die Einführung einer Art Arbeitsdienst für frühere politische Leiter, Mitglieder der SS und SA sowie arbeitsfähige Reichsdeutsche im Alter zwischen 20 und 45 Jahren.³⁷ Ende Mai 1945 wurde zudem beschlossen, alle nichtösterreichischen Beamten und Angestellten – das waren die Deutschen – ihrer Ämter und Positionen zu entheben und die

Gehaltszahlungen mit Ende Juni einzustellen.³⁸ Noch Mitte August 1945 hatten die Reichsdeutschen den größten Anteil an der „Überbevölkerung“ Tirols und bildeten „nach wie vor ein Element der politischen Unruhe“³⁹.

Karl Grubers Erklärung der antideutschen Stimmung in der Bevölkerung und der geplanten Maßnahmen gilt exemplarisch auch für andere Bundesländer: Nicht nur die „notorischen Parteilumpen“, die aus Deutschland zur Verwaltung Österreichs hereingeschickt worden waren, sondern auch die „Arroganz und Präpotenz, mit der der Durchschnittsdeutsche auf den ‚schlappen Österreicher‘ herabsah und sich in jede seiner Angelegenheiten mischte“, hätten dazu beigetragen, dass die Stimmung gegenüber den Deutschen umgeschlagen habe.⁴⁰

Die logische Folge war die Forderung nach Ausweisung der Deutschen aus Österreich.⁴¹ Mit Rückendeckung der Franzosen forderte Karl Gruber im Oktober 1945 in einem Schreiben an den Alliierten Rat sofortige Schritte zur Ausweisung der Deutschen. In seine Argumentation floss ein, was auch in Leopold Figls Regierungserklärung erwähnt wurde und sich mit den Forderungen der Alliierten deckte: Die Ausweisung der Deutschen als Maßnahme der Entnazifizierung, als Schlussstrich unter die Vergangenheit. Die anti-deutsche Stimmung wurde politisch gefördert und spielte im Prozess der nationalen Selbstfindung Österreichs eine wesentliche Rolle. „Der Anschluss ist tot“, war der Schlachtruf des neuen Österreichs.⁴² Einigen Politikern, wie dem Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg, erschienen jedoch die Ausweisungen mit nur 30 Kilo Gepäck als eine unnötige Härte.⁴³

Die im Zuge der „Option“ ab 1940 umgesiedelten Südtiroler, die aus allen Teilen Europas nach Tirol und teilweise auch nach Vorarlberg zurückkehrten, stellten einen Sonderfall dar. Sie waren wahrscheinlich die einzige Kategorie von „Fremden“ – im technischen Sinne ebenfalls volksdeutsche Flüchtlinge –, die in Österreich willkommen waren und in Tirol der österreichischen Bevölkerung schon unmittelbar nach Kriegsende rechtlich gleichgestellt wurden. Tirol war zwar nicht bereit, alle 80.000 Südtiroler Optanten aufzunehmen, die 30.000 im Lande lebenden sollten aber weiterhin versorgt werden.⁴⁴

Die versuchte Lösung des DP-Problems: Repatriierung

Die Repatriierung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus westeuropäischen Ländern konnte unmittelbar nach Kriegsende relativ rasch und problemlos auch aus dem sowjetisch besetzten Territorium Österreichs durchgeführt werden. Die Repatriierung von DPs aus Ost- und Südosteuropa stellte ein ungleich größeres Problem dar. Abgesehen von Transportschwierigkeiten in Richtung Osten waren zahlreiche DPs an einer Rückkehr nicht interessiert.

„Wegen der sowjetischen, bulgarischen und jugoslawischen Besetzung des größten Teiles der Steiermark versuchten viele der hier anwesenden Fremdarbeiter, aber auch Flüchtlinge und heimkehrende deutsche Truppen aus Ungarn und Jugoslawien die britische oder amerikanische Besatzungszone zu erreichen. Diese Bewegung führte dazu, dass Kärnten, Oberösterreich und Salzburg von Displaced Persons und Flüchtlingen geradezu überrannt wurden, während Ostösterreich vorerst eher ‚Durchzugsgebiet‘ war.“⁴⁵

Gründe für die Weigerung vieler zurückzukehren waren Antikommunismus oder weil sie in den Verdacht der Kollaboration geraten waren, da die Unterschiede zwischen (mehr oder weniger) freiwilliger Fremdarbeit und Zwangsarbeit nämlich oft fließend waren. Ihnen drohten bei Rückkehr in die Sowjetunion oder nach Jugoslawien Liquidierung oder Arbeitslager. Im Gegensatz zu den Briten waren die Amerikaner in ihrer Zone mit Zwangsrepatriierungen zurückhaltend.⁴⁶

Repatriierungstransporte durch die sowjetische Zone wurden immer wieder behindert. Besonders der Heimtransport von polnischen Staatsbürgern verzögerte sich ab August 1945, da die Sowjets die Transportmittel in ihren Zonen nur noch für sowjetische Heimkehrer zur Verfügung stellten. Auch die Rückkehr von 137.000 Ungarn aus den drei westlichen Besatzungszonen Österreichs, die schon im Juni 1945 einsetzte, stieß trotz der geographischen Nähe zu ihrer Heimat auf Schwierigkeiten. Zehntausende mussten aus Mangel an Transportmitteln den Heimweg zu Fuß antreten.⁴⁷

Trotz aller Schwierigkeiten konnte im Sommer und Herbst 1945 der Großteil aller rückkehrwilligen DPs mit Hilfe der Besatzungsmächte und der UNRRA repatriert werden. Bis Ende Mai 1946 betrug die offizielle Zahl der Repatriierten aus ganz Österreich 718.000 Personen.⁴⁸ Bis Ende 1947 wurden insgesamt 1,25 Millionen Menschen mit Hilfe der UNRRA aus Österreich repatriert.⁴⁹ Anfang 1948 betrug der Anteil der Flüchtlinge und DPs 8,7 Prozent der österreichischen Bevölkerung, wobei eine starke „Westlastigkeit“ erkennbar war. Der Anteil schwankte zwischen 16,9 Prozent im Land Salzburg und 2,2 Prozent im Burgenland.⁵⁰

Ein Sonderfall: die jüdischen DPs und Flüchtlinge nach 1945

Im Sommer 1945 war auch Vorarlberg von einem speziellen DP-Problem betroffen: Es kamen nun befreite jüdische KZ-Häftlinge aus Süddeutschland ins Land, die nach den grauenvollen Ereignissen des Holocaust entschlossen waren, nicht mehr nach Osteuropa zurückzukehren, sondern in Palästina oder einem anderen Land in Übersee einen Neubeginn zu versuchen. Ohne Kontakte zur Außenwelt und ohne Papiere saßen jüdische DPs nun auch am Bodensee fest. Die Einreise nach Palästina wurde ihnen von den Briten verwehrt, an eine Auswanderung in ein anderes Land, wie etwa die USA, war aufgrund von Einreisebeschränkungen vorerst nicht zu denken. Im Herbst 1945 tauchten dann weitere jüdische Überlebende aus Osteuropa in Vorarlberg auf, auch ihr Ziel war meist Palästina.

Der Empfang in den westlichen Besatzungszonen war nicht so, wie es sich die Überlebenden erwartet hatten: Im Sommer und Herbst 1945 zeigte sich auch bei den Amerikanern und Briten ein gehöriges Maß an Rassismus und Antisemitismus, was nicht nur durch mittlerweile berühmte Zitate von George S. Patton, dem Kommandeur der 3. amerikanischen Armee, belegt wird.⁵¹ Seine fragwürdige Gesinnung gipfelte in der Aussage, andere mögen glauben, „daß es sich bei einer Displaced Person um ein menschliches Wesen handelt, das sie aber nicht ist, insbesondere was die Juden betrifft, die noch niedriger als Tiere stehen“⁵². Er hatte offenbar ebenfalls eine nach rassistischen Kriterien definierte gesellschaftliche Hierarchie vor Augen, mit den „ordentlichen Deutschen“ ganz weit oben und den Juden am unteren Ende der Skala.

Mitte September 1945 charakterisierte er die jüdischen DP's folgendermaßen:

„Es bleibt viel zu tun, in erster Linie weil der typische Vertreter der jüdischen DP's [...] eine Art Untermensch ist, ohne jegliche kulturelle und soziale Bildung unserer Zeit. Ich habe nie eine Gruppe Menschen gesehen, die weniger Intelligenz und Charakter besitzt. Praktisch alle haben ausdruckslose braungraue Augen [...] die meiner Meinung nach auf sehr niedrige Intelligenz hinweisen.“⁵³

Viele von ihnen waren ursprünglich aus Konzentrationslagern befreit worden und hatten dann auf der Suche nach Verwandten die Rückkehr in ihre Heimatländer gewagt, jedoch rasch begriffen, dass für sie dort in einer noch immer feindseligen Umgebung keine Chance auf einen positiven Neubeginn bestand. Auswanderung im Allgemeinen, und Aliya nach Eretz Israel im Besonderen, erschien ihnen als einzige Perspektive nach der Katastrophe des Holocaust. Gemeinsam mit jungen Zionisten und ehemaligen jüdischen Partisanen hatten sie sich auf den beschwerlichen Weg zurück nach Österreich gemacht.

Diese Flüchtlinge waren die Vorhut eines gigantischen Exodus von rund einer Viertelmillion Juden, die zwischen 1945 und 1948 in mehreren Fluchtwellen „illegal“ auf ihrem Weg aus Osteuropa nach Palästina oder in die USA in Österreich eintrafen. In den westlichen Besatzungszonen Österreichs, spätestens jedoch im nächsten Etappenziel in Deutschland oder in Italien, war für die große Mehrheit die Flucht vorläufig zu Ende. Hier mussten sie als DP's auf eine weitere Auswanderungschance warten. Unterstützt und kanalisiert wurde diese illegale Migration aus Osteuropa von der jüdischen Fluchthilfeorganisation Bricha. Das hebräische Wort Bricha – Flucht – steht dabei sowohl für die „Fluchtbewegung“ als auch für die geheime Organisation, deren Aufgabe es war, auswanderungswillige Juden aus allen Teilen Europas kostenlos an die Küsten des Mittelmeeres zu bringen, von wo aus Schiffe der Hagana – der jüdischen Armee in Palästina – sie illegal nach Palästina transportierten. Die Mitarbeiter der Bricha fungierten als Verbindungsleute zu den Behörden, arbeiteten als Transportbegleiter oder beschäftigten sich mit der Beschaffung von echten, manipulierten oder gefälschten Dokumenten

für die Flüchtlinge. Die wichtigste Fluchtroute aus Osteuropa führte über Bratislava nach Wien und weiter nach Oberösterreich und Salzburg in die amerikanische Besatzungszone. Von hier schleuste die Bricha die Mehrheit der Flüchtlinge in DP-Lager nach Deutschland, etwa ein Fünftel der in Österreich eintreffenden Juden konnte durch die französische Besatzungszone in Tirol an die italienische Küste gebracht werden. Bis in die fünfziger Jahre blieb Österreich das wichtigste Transitland und die Drehscheibe dieser größten „illegal“ organisierten Migration der Nachkriegszeit.⁵⁴

Zwar spielte Vorarlberg im Netzwerk der jüdischen Fluchthilfe nur eine Nebenrolle, im Mikrokosmos der beiden hier entstehenden jüdischen Flüchtlingskolonien in Bregenz und Hohenems wurden jedoch all jene Probleme sichtbar, mit denen die jüdischen DPs überall in Österreich konfrontiert waren: Der Versuch einer Normalisierung des Lebens in einem fremden Land nach dem Trauma des Holocaust, der schwierige organisatorische Aufbau einer eigenen Infrastruktur für die jüdische Kolonie (Schaffung einer Interessensvertretung in Form eines Jüdischen Komitees, Sicherung von Ernährung und Wohnmöglichkeiten, religiöse Erziehung, Berufsausbildung, Kontaktaufnahme mit jüdischen Hilfsorganisationen), der mühsame Umgang mit Behörden, der Neid und die häufige Ablehnung seitens der Einheimischen, der Umgang mit antisemitischen Einstellungen und schließlich die oft frustrierenden Bemühungen um Auswanderungsmöglichkeiten.

Nachdem die kämpferischen zionistischen Gruppen Vorarlberg bis Ende 1948 in Richtung Israel verlassen hatten, zeigten sich danach auch in Vorarlberg die negativen Entwicklungen der langjährigen Flüchtlingsexistenz: Jene, die in Vorarlberg geblieben waren, sahen für sich in Israel keine Perspektive und hatten andere Pläne. Sie warteten und hofften auf eine Auswanderung in die USA oder in andere Länder. Diverse Skandale, wie die so genannte „Darmschmuggleraffäre“ 1951, prägten jahrzehntelang bei den Einheimischen die Erinnerung an die jüdischen DPs, fand man doch gerade hier die Bestätigung der eigenen antisemitischen Klischeevorstellungen.⁵⁵

Österreichs Anti-DP-Politik

Die Anwesenheit der Flüchtlinge und „Displaced Persons“ in Österreich stieß seit Kriegsende auf einhellige Ablehnung sowohl der Behörden als auch der Bevölkerung.⁵⁶ Ab Herbst 1945, und besonders nach den Wahlen am 25. November, wurde die Ablehnung der Verantwortung für die DP's und die Forderung nach rascher Abschiebung aller Ausländer immer lauter. Nicht zuletzt aufgrund der von den Alliierten seit der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 verfolgten propagandistischen Linie fühlten sich die Österreicher zunehmend selbst als Opfer und daher in keiner Weise für die DP's verantwortlich.⁵⁷ Die Forderung der Bundesregierung nach Entfernung aller DP's aus Österreich wurde von den politischen Parteien mit drei immer wiederkehrenden Argumenten unterstützt: Die DP's stellten eine schwere wirtschaftliche Last, ein Sicherheitsrisiko und eine außenpolitische Belastung für das Land dar.⁵⁸

Diese drei Hauptargumente für die Entfernung aller DP's aus Österreich basierten auf dem grundsätzlichen Konsens der drei Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ, unterschieden sich jedoch im Grad der Zustimmung zu den radikalsten sowjetischen Forderungen. Die härteste Linie vertrat dabei die KPÖ, die der sowjetischen Linie folgte und die generelle Repatriierung aller DP's forderte. In ihrer Terminologie waren alle DP's „antisowjetische, faschistische Elemente“, die aus Österreich entfernt werden müssten. Nur die jüdischen DP's schienen von dieser Forderung ausgenommen. Kein kommunistisches Regime forderte jemals den Rücktransport der osteuropäischen Juden aus Österreich, ganz im Gegenteil! Bis Herbst 1946 wurde deren Ausreise aus Osteuropa weder von den Sowjets noch den anderen osteuropäischen Staaten ernsthaft behindert. Mit diesem Argument wies die SPÖ den kommunistischen Vorwurf zurück, dass alle DP's Faschisten seien. Sie vertrat die Ansicht, dass nur die rückkehrwilligen Ausländer repatriiert werden sollten, und schlug eine internationale Untersuchung zur Lösung des Problems der Nichtrepatriierbaren vor. Die ÖVP lehnte ebenfalls die radikale sowjetische Forderung nach Zwangsrepatriierung ab und glaubte, dass Teile der DP's, besonders die Volksdeutschen, in die österreichische Bevölkerung integriert werden könnten.⁵⁹

Die Anti-DP-Politik der Regierung konnte sich von Anfang an auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung stützen. Die schlechter werdende Versorgungslage führte im Winter 1945/46 zu einer ausgeprägten Fremdenfeindlichkeit. Die Ablehnung der DPs durch die Österreicher bekam ab Jahresbeginn 1946 immer deutlicher antisemitische Züge und richtete sich symbolisch gegen die kleine Gruppe jüdischer DPs. Diese boten sich offenbar in mehrfacher Hinsicht für die neue „Sündenbock-Rolle“ geradezu an: Sie genossen in den Augen der Bevölkerung „Privilegien“ – bessere Rationen und Befreiung von der Arbeitspflicht –, sie waren Ausländer und gleichzeitig Juden! Sie wurden, unter Anwendung des den Nationalsozialismus nahezu ungebrochen überlebenden traditionellen antisemitischen Stereotypenreservoirs, zum negativen Paradebeispiel, zum Symbol des „DP“ schlechthin hochstilisiert. Hier verbanden sich Neid, Fremdenfeindlichkeit und latent vorhandener Antisemitismus zu einem ganzen Bündel von Vorurteilen.⁶⁰

Auch die Bundesregierung missbrauchte die jüdischen DPs zur Durchsetzung eines ihrer wichtigsten Ziele, der Abschiebung aller DPs aus Österreich. Spätestens seit Anfang 1946 erkannten einige Politiker, dass mit geschickt getarnten antisemitischen Argumenten erfolgreich und gefahrlos Politik betrieben werden konnte. Obwohl auf die jüdischen DPs die Sachargumente der österreichischen Anti-DP-Politik nur bedingt zutrafen, wurden sie im Frühjahr und im Sommer 1946 auf allen politischen Ebenen zum propagandistischen Negativbeispiel hochstilisiert, mit dem die Forderung nach Abschiebung aller DPs aus Österreich illustriert wurde. Vor allem die „Arbeitsunwilligkeit“ der alliierten DPs, so auch beispielsweise der jüdischen, wurde immer wieder ins Treffen geführt. Die Gründe für die „Arbeitsunwilligkeit“ wurden von keiner Behörde hinterfragt. Die Konsequenz blieb immer dieselbe:

„Da die jüdischen Flüchtlinge jegliche ihnen zugewiesene Arbeit ablehnen, wird ihre möglichst baldige Weiterbeförderung ebenso sehr herbeigewünscht wie der Abtransport aller jener fremdsprachigen Ausländer, die keiner geregelten Arbeit nachgehen. [...] Hingegen würde der Abtransport jener Ausländer, die freiwillig in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder Industrie tätig sind, im erforderlichen Arbeitsstand derzeit noch eine empfindliche Lücke verursachen.“⁶¹

An der grundsätzlich negativen Einstellung der Österreicher gegenüber den DPs änderte sich bis 1947 nichts:

„DPs are not popular in Austria. Among them, the Jews are least liked, with the Poles following as a close second. Then come Yugoslavs and Russians. The Volksdeutsche refugees from Czechoslovakia, Hungary and the Balkans are best liked, though generally the opinion is that DPs eat Austrian food, contribute to criminality and black-marketing, and that they are a political liability because too many of them were Nazis and because neighboring states object to their presence in Austria.“⁶²

Angesichts dieser Voraussetzungen war es auch nicht verwunderlich, dass Österreichs lange Geschichte des Antisemitismus auch durch den Holocaust nicht beendet war und es 1945 keine „Stunde Null“ des Antisemitismus gab. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg waren erneut die jüdischen Flüchtlinge, diesmal die Überlebenden des Holocaust, die ersten Ziele antisemitischer Agitation. Auch in der Zweiten Republik konnten und können politische Parteien mit antisemitischen Untertönen immer wieder erfolgreich Politik machen.⁶³

Antisemitismus war nach Kriegsende zwar als Teil einer politischen Ideologie diskreditiert und tabuisiert, sein Stereotypenreservoir hatte aber als privates, politisch relativ leicht zu aktivierendes Vorurteil den Nationalsozialismus und Holocaust überdauert.⁶⁴ Nur während einer kurzen „Schockphase“ unmittelbar nach Kriegsende machte sich in der Bevölkerung stärkeres Mitleid mit den überlebenden Juden bemerkbar, das jedoch rascher verflog, als zu erwarten war. Ehemalige Häftlinge erinnern sich, dass ihnen die österreichische Bevölkerung das Gefühl gegeben habe, etwas „ausgefressen“ zu haben, dass man nicht einmal davor zurückscheute, überlebende Juden als „Hitlers Unvollendete“ zu bezeichnen.⁶⁵

Die Bilanz der Republik Österreich bis zum Ende der Besatzungszeit 1955

Die Bilanz zeigt eindeutig, dass Österreich von 1945 bis 1955 ein „Asylland wider Willen“ war, das unter Zwang – als „bevormundete Nation“ – bedeutende Lasten auf sich nehmen musste. Es zeigt sich ebenso deutlich, dass Regierung und Bevölkerung in ihrer Ablehnung der DPs eine feste Einheit bildeten, wie der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow schon im Juli 1946 feststellte.⁶⁶ Österreich spielte in den zehn Jahren der Besatzungszeit seine Hauptrolle als Flüchtlingsland unfreiwillig: Knapp 1,6 Millionen von offiziell 1,942.783 Flüchtlingen, die jetzt in Österreichs Bilanz stehen, wurden nicht freiwillig aufgenommen, auch nicht die knapp 300.000 jüdischen DPs und Flüchtlinge der Jahre 1945 bis 1950. Auch die Fortsetzung der Flüchtlingspolitik durch die souveräne Republik Österreich war wenig besser. Die Zahl der Einbürgerungen von Volksdeutschen und fremdsprachigen Flüchtlingen sowie die amtlichen Beschäftigungsstatistiken seit Kriegsende widersprechen der damaligen österreichischen Propaganda, DPs seien arbeitsscheu, kriminell und eine Belastung für das Land gewesen.⁶⁷ Diese Menschen haben fehlende Arbeitskräfte in der unmittelbaren Nachkriegszeit ersetzt und einen großen Beitrag zum Wiederaufbau in Österreich geleistet.

- 1 Wolfgang JACOBMEYER, Die „Displaced Persons“ in Deutschland 1945-1952, in: Bremisches Jahrbuch 59 (1981), S. 85; ders., Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 65), Göttingen 1985, S. 42.
- 2 SZABOLCS Szita, Die Todesmärsche der Budapester Juden im November und Dezember 1944 nach Hegyeshalom-Nickelsdorf, in: Zeitgeschichte 22 (1995), S. 124-137; ders. Ungarische Zwangsarbeiter in Niederösterreich (Niederdonau) 1944/45, in: Unsere Heimat 63/1 (1992), S. 31-50.
- 3 Eduard STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben. Flüchtlinge in Österreich von 1945-1984, Wien-München-Zürich 1985, S. 17 f.; nur etwa 1,4 Millionen DP's bei Heimold Helczmanovszki, Flüchtlinge und Heimatvertriebene in der österreichischen Statistik, in: Theodor VEITER (Hg.), 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 10), Wien-Stuttgart 1975, S. 119-130.
- 4 Handbook for Military Government in Germany prior to defeat or surrender, Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force, hg. vom Office of the Chief of Staff, o. O. Dezember 1944, Chapter 11, S. 1.
- 5 Yvonne von STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 6), Wien-Stuttgart 1970, S. 8 f.
- 6 Handbook for Military Government, Chapter 11, S. 7.
- 7 Genaue Auflistung bei Manfred RAUCHENSTEINER, Der Krieg in Österreich 1945 (Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 5), 2. Aufl. Wien 1984, S. 392 f.
- 8 Ebd., S. 391 f.
- 9 Manfred RAUCHENSTEINER, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, 2. Aufl. Wien 1985, S. 121 f.
- 10 RAUCHENSTEINER, Krieg in Österreich (wie Anmerkung 7), S. 393 f.; Wilhelm WADL, Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick, Klagenfurt 1985, S. 80.
- 11 STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich (wie Anmerkung 5), S. 29; auch STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben (wie Anmerkung 3), S. 17.
- 12 Michael JOHN, Displaced Persons in Linz. „Versetzte Personen“ und fremdsprachige Flüchtlinge der Nachkriegszeit, in: Prinzip Hoffnung. Linz zwischen Befreiung und Freiheit (Katalog des Stadtmuseums Linz-Nordico 61), Linz 1995, S. 213-229, hier S. 218.
- 13 Ebd., S. 213.
- 14 ACA (BE), The Employment of Displaced Persons: Its Development in Austria, 10. Dezember 1947. PRO, FO 371/63989/C 16549.
- 15 Gabriele HINDINGER, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945 (Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien 6), Wien 1968, S. 93.
- 16 ACA (BE), AUSTRIA. A monthly report, Heft 4 (Jänner 1947), S. 44 f.
- 17 Zahlen für Tirol bei Klaus EISTERER, Hunger und Ernährungsprobleme in Tirol aus der Sicht der französischen Besatzungsmacht 1945/46, in: Anton PELINKA/Rolf STEININGER (Hg.), Österreich und die Sieger: 40 Jahre 2. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag, Wien 1986, S. 191; für Vorarlberg in: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, hg. vom Landeswirtschaftsamt, Abteilung Statistik, Folge 2, 15. Oktober 1945, S. 47 f.
- 18 Amtsvermerk, Staatskanzlei, Auswärtige Angelegenheiten, 6. Mai 1945. ÖStA, AdR, BKA.-AA., Sekt. II Pol.-1945, Karton 1 (GZ.15-pol/45).
- 19 Ebd.
- 20 Klaus EISTERER, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9), Innsbruck 1992, S. 37.
- 21 Oliver RATHKOLB (Hg.), Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung, Wien-Köln-Graz 1985, S. 403.
- 22 EISTERER, Französische Besatzungspolitik (wie Anmerkung 20), S. 34.
- 23 Josef RIEDMANN, Geschichte des Landes Tirol, Bd. 4/2: Das Bundesland Tirol (1918-1970), Bozen-Innsbruck-Wien 1988, S. 1246.

- 24 RAUCHENSTEINER, Sonderfall (wie Anmerkung 9), S. 101.
- 25 JOHN, Displaced Persons in Linz (wie Anmerkung 12), S. 213.
- 26 RATHKOLB, Gesellschaft und Politik (wie Anmerkung 21), S. 248 f.
- 27 Thomas ALBRICH, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 1), Innsbruck 1987, S. 13-17; August WALZL, Kärnten 1945. Vom NS-Regime zur Besatzungsherrschaft im Alpen-Adria-Raum, Klagenfurt 1985, S. 270 f.
- 28 ALBRICH, Exodus (wie Anmerkung 27), S. 55 ff.
- 29 JACOBMEYER, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer (wie Anmerkung 1), S. 149.
- 30 Control Office, Transfer of Population, Mai 1946. PRO, FO 945/57/1A.
- 31 RAUCHENSTEINER, Sonderfall (wie Anmerkung 9), S. 121 f.
- 32 Gabriele STIEBER, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark 1945-1955. Dargestellt am Fallbeispiel der Lager Kapfenberg, in: Siegfried BEER (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 38), Graz 1995, S. 213-232, hier S. 214.
- 33 Adolf PLATZGUMMER, Die Illegalen, in: Unser neues Österreich, hg. von der ÖVP Landesgruppe Tirol, Stadt- und Bezirksleitung Innsbruck-Land, Innsbruck 1945, S. 15-18, hier S. 16 f.
- 34 Robert KNIGHT (Hg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, 2. Aufl. Wien 2000, S. 71 f.
- 35 Brunhilde SCHEURINGER, Szenarien zur Integration volksdeutscher Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich, in: Ingrid BÖHLER/Rolf STEININGER (Hg.), Österreichischer Zeitgeschichtetag 1993. 24. bis 27. Mai 1993 in Innsbruck, Innsbruck-Wien 1995, S. 225-228, hier S. 225 f.
- 36 Brunhilde SCHEURINGER, Dreißig Jahre danach. Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 13), Wien 1983; Gabriela STIEBER, Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945-1960, in: Thomas ALBRICH/Klaus EISTERER/Michael GEHLER/Rolf STEININGER (Hg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck-Wien 1995, S. 67-93, bes. S. 67-81.
- 37 Josef RIEDMANN, Die Beschlußprotokolle der Sitzungen des Exekutiv- und Ordnungsausschusses der österreichischen Widerstandsbewegung in Tirol vom 4. Mai bis 5. Juni 1945, in: Tiroler Heimat 51/52 (1987/88), S. 205-217, hier S. 210.
- 38 Michael GEHLER, Dr. Ing. Karl Gruber – Erster Landeshauptmann von Tirol nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Lothar HÖBELT/Othmar HUBER (Hg.), Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945-1953 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 7), Innsbruck 1991, S. 11-70, hier S. 28 f.
- 39 Rede von Landeshauptmann Gruber, 13.8.1945. Karl Gruber Archiv (KGA), Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Karton 2 und 7.
- 40 GEHLER, Dr. Ing. Karl Gruber (wie Anmerkung 38), S. 47 f.
- 41 Zu den Grundlinien der Österreichpolitik vgl. Eisterer, Französische Besatzungspolitik (wie Anmerkung 20), S. 16-19.
- 42 RAUCHENSTEINER, Sonderfall (wie Anmerkung 9), S. 144 f.
- 43 EISTERER, Französische Besatzungspolitik (wie Anmerkung 20), S. 115.
- 44 GEHLER, Dr. Ing. Karl Gruber (wie Anmerkung 38), S. 48; Stefan LECHNER, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: Klaus EISTERER/Rolf STEININGER (Hg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365-384.
- 45 Zur Lage von Flüchtlingen und DPs in der Steiermark, mit weiteren Literaturangaben, vgl. STIEBER, Das Flüchtlingswesen in der Steiermark (wie Anmerkung 32), S. 214.
- 46 JOHN, Displaced Persons in Linz (wie Anm. 12), S. 218.
- 47 STEDINGK, Die Organisation des Flüchtlingswesens (wie Anmerkung 5), S. 42 f.
- 48 UNRRA, Compendium of Statistics on Displaced Persons, Juli 1946, Table C-1.
- 49 Paul FRINGS, Das internationale Flüchtlingsproblem 1919-1950, Frankfurt am Main 1951, S. 149.
- 50 HELCZMANOVSKI, Flüchtlinge und Heimatvertriebene in der österreichischen Statistik (wie Anmerkung 3), S. 122 f.

- 51 Angelika KÖNIGSEDER/Juliane WETZEL, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DP's (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994, S. 29 f.
- 52 Zit. n. ebd., S. 30.
- 53 Zit. n. ebd.
- 54 Zur Tätigkeit der Bricha in Österreich vgl. die Beiträge in: Thomas ALBRICH (Hg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Innsbruck-Wien 1998.
- 55 Vgl. dazu Thomas ALBRICH, Zwischenstation im Dreiländereck. Jüdische DP's und Flüchtlinge nach 1945 in Hohenems und Bregenz, in: Esther HABER (Hg.), Displaced Persons. Jüdische Flüchtlinge nach 1945 in Hohenems und Bregenz (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems 3), Innsbruck-Wien 1998, S. 11-55.
- 56 Zur österreichischen Anti-DP-Propaganda vgl. ALBRICH, Exodus (wie Anmerkung 27), S. 180-197.
- 57 Reinhold WAGNLEITNER (Hg.), Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 4), Salzburg 1984, S. 132.
- 58 Zur Begründung dieser Argumente vgl. Thomas ALBRICH, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948, in: Günter BISCHOF/Josef LEIDENFROST (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich 1945-1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, S. 217-244, hier S. 226f.
- 59 Entspricht ALBRICH, Exodus (wie Anmerkung 27), S. 191 ff.
- 60 Ebd., S. 180 f.
- 61 BM. f. I., Lagebericht für den Monat September 1946 (Zl. 150.209-2/46), S. 29. Privatbesitz Hanns Haas, Salzburg.
- 62 WAGNLEITNER (Hg.), Understanding Austria (wie Anmerkung 57), S. 131.
- 63 Thomas ALBRICH, „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos, in: Rolf STEININGER/Ingrid BÖHLER (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems 1), Wien-Köln-Weimar 1994, S. 147-166.
- 64 Bernd MARIN, Nachwirkungen des Nazismus. Ein Reproduktionsmodell kollektiver Mentalität, in: John BUNZL/Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Wurzeln (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 3), Innsbruck 1983, S. 193-224, hier S. 197.
- 65 Helga EMBACHER, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995, S. 103.
- 66 US-Delegation Record, Council of Foreign Ministers, Second Session, Forty-First Meeting, Paris, 12. Juli 1946. FRUS, 1946, vol. II, S. 915.
- 67 STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben (wie Anmerkung 3), S. 198-202.